

## Inhaltsverzeichnis

0.1.1	Lage der Baustelle.....	5
0.1.2	Besondere Belastungen .....	5
0.1.3	Vorhandene Anlagen .....	5
0.1.3.1	Bahnkörper .....	5
0.1.3.2	Tunnel .....	5
0.1.3.3	Bahnübergänge .....	5
0.1.3.4	Ingenieurbauwerke .....	5
0.1.3.5	Schallschutzwände (Lärmschutzanlagen).....	5
0.1.3.6	Oberbau .....	5
0.1.3.7	Hochbauten .....	5
0.1.3.8	Personenverkehrsanlagen .....	5
0.1.3.9	Straßen und Wege.....	5
0.1.3.10	Tiefbau .....	5
0.1.3.11	Anlagen der Leit- und Sicherungstechnik.....	5
0.1.3.12	Anlagen der Telekommunikation.....	6
0.1.3.13	Elektrotechnische Anlagen für Bahnstrom .....	6
0.1.3.14	Elektrotechnische Anlagen für Licht- u. Kraftstrom .....	6
0.1.3.14.1	Bf Friedrichsdorf.....	6
0.1.3.14.2	Bf Rodheim v.d.H.....	6
0.1.3.14.3	Bf Rosbach v.d.H .....	7
0.1.3.15	Maschinentechnische Anlagen .....	7
0.1.3.16	Kabel und Leitungen Dritter .....	7
0.1.3.17	Sonstige bauliche Anlagen und bauliche Anlagen Dritter.....	8
0.1.3.18	Sonstige Anlagen der Ausrüstung.....	8
0.1.4	Verkehrsverhältnisse .....	8
0.1.5	Freizuhaltende Flächen .....	8
0.1.6	Transportwege.....	8
0.1.7	bleibt frei.....	8
0.1.8	bleibt frei.....	8
0.1.9	Baugrund .....	8
0.1.10	Hydrologie .....	8
0.1.11	Besondere umweltrechtliche Vorschriften/Hinweise.....	8
0.1.12	Besondere Vorgaben für die Entsorgung.....	8
0.1.12.1	Abfall .....	8
0.1.12.2	Abwasser.....	9
0.1.13	Schutzgebiete oder Schutzzeiten.....	9

0.1.14	Schutzmaßnahmen.....	9
0.1.15	bleibt frei.....	11
0.1.16	bleibt frei.....	11
0.1.17	Hindernisse .....	11
0.1.18	Kampfmittel .....	11
0.1.19	Baustellenverordnung.....	11
0.1.20	Auflagen Dritter.....	11
0.1.21	bleibt frei.....	11
0.1.22	Vorarbeiten des AG .....	11
0.1.23	Arbeiten anderer Unternehmer .....	11
0.1.24	Besondere Auflagen .....	11
0.2	Angaben zur Ausführung .....	11
0.2.1	Bauablauf .....	11
0.2.2	Erschwernisse .....	11
0.2.3	Vorgaben aus dem SiGe-Plan .....	12
0.2.4	bleibt frei.....	12
0.2.5	Kontaminierte Bereiche .....	12
0.2.6	Besondere Einrichtungen .....	12
0.2.7	Besondere Anforderungen an Gerüste .....	12
0.2.8	Mitbenutzung fremder Einrichtungen .....	12
0.2.9	Vorhaltung für andere Unternehmer .....	12
0.2.10	bleibt frei.....	12
0.2.11	bleibt frei.....	12
0.2.12	bleibt frei.....	12
0.2.13	Eignungs- und Gütenachweise .....	12
0.2.13.1	Eignungs- und Gütenachweise für zugelieferte mineralische Ersatzbaustoffe (MEB) und Bodenmaterial.....	12
0.2.13.2	bleibt frei.....	14
0.2.14	Umgang mit gewonnenen Stoffen.....	14
0.2.15	Abfallmanagement von Bau- und Abbruchabfällen .....	15
0.2.15.1	Allgemeine Pflichten und Leistungen des Auftragnehmers .....	15
0.2.15.2	Definition Abfallerzeuger und Abfallbesitzer.....	16
0.2.15.3	Betrieb von Baustelleneinrichtungs- und Bereitstellungsflächen für Abfälle ..	16
0.2.15.4	Leistungen des AN zur Umsetzung der Gewerbeabfallverordnung.....	17
0.2.15.5	Systematik der zu vergebenden Entsorgungsleistungen für mineralische Bau- und Abbruchabfälle .....	18
0.2.15.6	Umgang mit Rückbau- und Abbruchabfällen.....	19
0.2.15.7	Umgang mit LST- und TK-Reststoffen sowie Schrott.....	20
0.2.15.8	Haufwerksbildung und Bereitstellung.....	20

0.2.15.9	Deklarationsanalytik.....	21
0.2.15.10	Elektronische Nachweisführung über die Entsorgung von Abfällen.....	21
0.2.15.10.1	Technische Voraussetzungen für das elektronische Abfall-Nachweis- Verfahren .....	22
0.2.15.10.2	Vorab- und Verbleibskontrolle für gefährliche Abfälle .....	22
0.2.15.10.3	Vorab- und Verbleibskontrolle für nicht gefährliche Abfälle.....	22
0.2.15.10.4	Anzeige- u. Dokumentationspflichten gemäß Ersatzbaustoffverordnung..	22
0.2.15.11	Abrechnung von Entsorgungsleistungen.....	22
0.2.15.12	Beförderungserlaubnis / Transportgenehmigungen .....	22
0.2.16	bleibt frei.....	23
0.2.17	bleibt frei.....	23
0.2.18	Leistungen für andere Unternehmer .....	23
0.2.19	Zusammenwirken mit anderen Unternehmern .....	23
0.2.20	bleibt frei.....	24
0.2.21	bleibt frei.....	24
0.2.22	bleibt frei.....	24
0.2.23	DB-spezifische Angaben .....	24
0.2.24	Ergänzende Ausführungsbestimmungen .....	24
0.3	Einzelangaben bei Abweichungen von den ATV.....	24
0.4	Einzelangaben zu Nebenleistungen und Besonderen Leistungen .....	25
0.4.1	Nebenleistungen.....	25
0.4.2	Besondere Leistungen.....	25
0.5	Technische Bearbeitung .....	25
0.5.1	Ausführungsunterlagen.....	25
0.5.2	Vermessungstechnische Bestandsdokumentation.....	25
0.5.3	Bauwerksdokumentation .....	25
0.5.4	Bauzeitenplan.....	26
0.6	Baubeschreibung.....	26
0.6.1	Allgemeine Bestimmungen Kabeltiefbau.....	26
0.6.2	Geplanter Zustand .....	27
0.6.3	Anlagen der Leit- und Sicherungstechnik.....	27
0.6.4	Anlagen der Bautechnik.....	27
0.6.5	Elektrotechnische Anlage für Licht- und Kraftstrom.....	27
0.6.5.1.1	Bf Friedrichsdorf.....	27
0.6.5.1.2	Bf Rodheim v.d.H.....	28
0.6.5.1.3	Bf Rosbach v.d.H .....	28
0.6.5.2	Anlagen der Telekommunikation.....	28
0.7	Abkürzungsverzeichnis.....	29



## Angaben zur Baustelle

### 0.1.1 Lage der Baustelle

Bf Friedrichsdorf, Strecke 3611, Bad Homburg – Friedberg, ca. 23,59 – 24,36

Bf Rodheim v.d.H, Strecke 3611, Bad Homburg – Friedberg, ca. 28,40 – 29,00

Bf Rosbach v.d.H, Strecke 3611, Bad Homburg – Friedberg, ca. 32,04 – 32,63

### 0.1.2 Besondere Belastungen

keine besonderen Anmerkungen

### 0.1.3 Vorhandene Anlagen

entfällt

#### 0.1.3.1 Bahnkörper

entfällt

#### 0.1.3.2 Tunnel

entfällt

#### 0.1.3.3 Bahnübergänge

entfällt

#### 0.1.3.4 Ingenieurbauwerke

entfällt

#### 0.1.3.5 Schallschutzwände (Lärmschutzanlagen)

entfällt

#### 0.1.3.6 Oberbau

entfällt

#### 0.1.3.7 Hochbauten

entfällt

#### 0.1.3.8 Personenverkehrsanlagen

entfällt

#### 0.1.3.9 Straßen und Wege

entfällt

#### 0.1.3.10 Tiefbau

entfällt

#### 0.1.3.11 Anlagen der Leit- und Sicherungstechnik

entfällt

### 0.1.3.12 Anlagen der Telekommunikation

entfällt

### 0.1.3.13 Elektrotechnische Anlagen für Bahnstrom

entfällt

### 0.1.3.14 Elektrotechnische Anlagen für Licht- u. Kraftstrom

#### 0.1.3.14.1 Bf Friedrichsdorf

Die VNB-Einspeisung/ ZAS DB Energie befindet sich am Bahnsteigende Gleis 401.

Ein Anlagentrennung DB Netz/ DB S&S ist erfolgt.

- HAK 63A, Direktmessung

Die ZAS DB Energie speist eine ZV DB S&S (direkt daneben, TT-Netz, NYY-O 4x25) und ein UV DB Netz (am EG). Die Anlagen der DB S&S wurden 2022/2023 erneuert und sind nicht Gegenstand dieser Planung.

UV DB Netz:

- Einspeisung TT-Netz, mit Kabel NYY-J 5x16 aus ZAS DB Energie

An der UV DB Netz am EG sind folgende Verbraucher angeschlossen:

- BSH Tk
- BÜ1
- UV im EG (Zugang nicht möglich)
- WHZ 31 (Steuerspannung 230V)
- WHZ 32 (Steuerspannung 230V)
- BSH Sigm
- OLA/FSTE (wo befindet sich diese?)
- UV WC (CEE-Steckdose)

Die Strecke ist mit einer elektrischen Oberleitungsanlage ausgerüstet. Der Kurzschlussstrom der Oberleitungsanlage ist im Planungsbereich unter 25 kA.

#### 0.1.3.14.2 Bf Rodheim v.d.H

Die Verkehrsstation wird derzeit über einen Niederspannungsanschluss des örtlichen Energieversorgers mit Energie versorgt. Im Zugangsbereich zur Station auf Höhe EG befindet sich der Hausanschlusskasten in einer Zähleranschluss säule (ZAS) vom örtlichen Energieversorger (VNB). Die ZAS VNB versorgt eine am Bahnsteig vorhandene Mischverteilung.

Im nördlichen Bereich der Verkehrsstation befindet sich ca. 30 m hinter dem Bahnsteigende auf der bahnrechten Seite ein Betonschaltheus Tk sowie eine GSM-R Station.

Die Mischverteilung Bahnsteig versorgt sowohl die in der Verkehrsstation vorhandenen DB Netz AG Anlagen als auch die Bahnsteigausrüstungen der DB S&S AG. Für beide Geschäftsbereiche sind in der Verteilung jeweils ein Hutschienenzähler zur getrennten Energiemessung vorhanden.

Zu den von DB S&S AG über den Bahnsteigverteiler versorgten Anlagenteilen gehören:

- Bahnsteigmastleuchten und eine Mastleuchte im Zugang zum Bahnsteig Lph. 6 Meter Bestückung mit Leuchten der Fa. Hellux (Bstg) und Philips (Zugang) o 2 Maste mit Doppelleuchten, 5 Maste mit Einzelleuchten
- 1 dynamischer Schriftenanzeiger
- 1 Fahrausweisautomat
- 1 beleuchtete Vitrine im Wetterschutzhaus

Das ehemalige Bahnhofs-/Empfangsgebäude ist nicht mehr im Besitz der DB AG.

Ausgehend von dem Mischverteiler auf dem Bahnsteig werden die folgend genannten Anlagenteile der DB Netz AG mit Energie versorgt:

- eine Unterverteilung 50 Hz im Betonschaltheus Tk
- Eine Unterverteilung Bü für den im südlichen Bereich der Station gelegenen Bahnübergang km 28,605. Die Unterverteilung ist im BSH Bü untergebracht.

Im Betonschaltheus Tk befinden sich derzeit ausschließlich Anlagen des Fachbereiches Tk.

Weitere elektrotechnische Anlagen sind in der Verkehrsstation Rodheim nicht vorhanden.

#### 0.1.3.14.3 Bf Rosbach v.d.H

Im Bahnhof Rosbach erfolgt die elektrische Energieversorgung der Station über einen Niederspannungsanschluss des örtlichen Energieversorgers. Hinter dem Bahnsteig 2 befindet sich am parallel zum Bahnsteig verlaufenden Weg „Narzissenweg“ eine Schaltschrankkombination mit Hausanschlusskasten und Zählerplatz vom VNB sowie einer Hauptverteilung der DB Energie GmbH. Die Hauptverteilung der DB Energie versorgt eine Unterverteilung 50 Hz vom Bü km 32,4 sowie ein Betonschaltheus 50Hz der DB AG. Der Bahnübergang mit seinem Betonschaltheus Bü befindet sich nördlich angrenzend vom Bahnsteig Gleis 2, das BSH 50 Hz steht südlich angrenzend vom Bahnsteig Gleis 1.

Das BSH 50 Hz ist mit insgesamt drei Technikräumen ausgerüstet und versorgt sowohl die DB Netz als auch die DB S&S Anlagen innerhalb der Station. Die Aufteilung der Räume ist wie folgend aufgeführt:

- Raum 1 mit folgenden Anlagen:
  - -Mischverteilung für die Energieversorgung von DB Netz und DB S&S Anlagen
  - -Weichenheizverteilung 400V/50Hz
- Raum 2 ausschließlich für Tk - Technik
- Raum 3 ausschließlich für LST-Technik

Die aus der Mischverteilung im Raum 1 vom BSH 50 Hz versorgten elektrotechnischen Anlagen von DB Station & Service sind ausschließlich auf den Bahnsteigen montiert und von der hier beschriebenen Maßnahme nicht betroffen.

Weitere elektrotechnische Anlagenteile sind in der Verkehrsstation Rosbach nicht vorhanden.

#### 0.1.3.15 Maschinentechnische Anlagen

entfällt

#### 0.1.3.16 Kabel und Leitungen Dritter

Gemäß den Bestandsunterlagen sind Kabelanlagen der DB AG im Planungsbereich vorhanden.

Die genaue Lage des Bestandes ist vor Ausführung der Baumaßnahme durch Suchschachtungen nach erfolgter Kabeleinweisung zu ermitteln.

Im Bereich vorhandener Kabel und Leitungen ist Handschachtung erforderlich. Beim Auffinden unbekannter Kabel und Leitungen sind diese als in Betrieb befindlich zu betrachten.

Beschädigungen sind zu vermeiden. Besondere Forderungen der Fachabteilungen der DB AG sind zu berücksichtigen.

#### 0.1.3.17 Sonstige bauliche Anlagen und bauliche Anlagen Dritter entfällt

#### 0.1.3.18 Sonstige Anlagen der Ausrüstung entfällt

### 0.1.4 Verkehrsverhältnisse

Der AG übernimmt keine Gewähr in Bezug auf die Verfügbarkeit und die Nutzungsmöglichkeit öffentlicher Verkehrswege und -flächen außerhalb des vertraglichen Leistungsbereiches, insbesondere in Bezug auf die Nutzung von Über- und Unterführungen für vom AN vorgesehene Schwerlastverkehre.

### 0.1.5 Freizuhaltende Flächen keine besonderen Anmerkungen

### 0.1.6 Transportwege

Die Bahnhöfe sind durch das vorhandene öffentliche Straßennetz erschlossen. Die notwendigen Fahrten von Straßenfahrzeugen zur Baustelle werden daher ausschließlich hierüber abgewickelt.

Die Einschränkungen für den Verkehr sind so gering wie möglich zu gestalten. Die bei der Baudurchführung zum Einsatz kommenden Fahrzeuge haben allen geltenden Vorschriften zu genügen.

Die Wahl der Transportwege obliegt dem AN.

### 0.1.7 bleibt frei

### 0.1.8 bleibt frei

### 0.1.9 Baugrund entfällt

### 0.1.10 Hydrologie entfällt

### 0.1.11 Besondere umweltrechtliche Vorschriften/Hinweise keine besonderen Anmerkungen

### 0.1.12 Besondere Vorgaben für die Entsorgung

#### 0.1.12.1 Abfall

Die Regelungen von Bau- und Abbruchabfällen im Bauvorhaben und der Umgang mit diesen wird unter Punkt 0.2.15 beschrieben.



### 0.1.12.2 Abwasser

Im Baubereich gelten die aktuellen Regelungen zum Umgang mit dem vom Bauvorhaben betroffenen Grundwasser, Niederschlagswasser sowie auch zu Altlastenflächen, von denen das Grundwasser beeinflusst ist.

Bei Grundwasserentnahmen sind die entsprechenden Antragsunterlagen rechtzeitig, spätestens 12 Wochen vor Baubeginn vom AN, bei der zuständigen Wasserbehörde (bei Grundwasserentnahmen im Zuge der Errichtung/Änderung/Unterhaltung von Eisenbahnbetriebsanlagen ist zuständige Wasserbehörde das EBA, aktuell Referat 52/Sachbereich 6; bei Grundwasserentnahmen im Zuge der Durchführung von planfestgestellten / plan- genehmigten Vorhaben, sind entsprechende Anträge an den Sachbereich 1 der jeweiligen Außenstelle des EBA zu richten) einzureichen und deren Zustimmung einzuholen. Der AG erhält mit Einreichung eine Ausfertigung der Unterlagen.

Die bei Wasserhaltungen abzupumpenden Wässer müssen u. a. gemäß den Auflagen der zuständigen Behörde, auf ihre Wasserqualität hin untersucht werden. Bei festgestellten Grundwasserverunreinigungen ist mittels entsprechender Anlage auf vorgegebene Grenzwerte zu reinigen. Während des Betriebes der Wasserhaltung ist durch den AN ein Wasserbuch zu führen. Dieses muss alle relevanten Informationen zum Betrieb der Wasserhaltung, wie z. B. die kontinuierliche Fördermengenerfassung, Ableitung, Beprobungen, Wechsel von Wassermengenmessenrichtungen, Grundwasserstände, Absenkmaße und besondere Vorkommnisse beim Betrieb der Wasserhaltung beinhalten.

### 0.1.13 Schutzgebiete oder Schutzzeiten

#### **Belange des Bodenschutzes**

Sollten bei Erdarbeiten Bodendenkmale entdeckt werden, sind diese unverzüglich dem Amt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum, Abteilung Bodendenkmalpflege Hessen Archäologie sowie der unteren Denkmalschutzbehörde anzuzeigen.

#### **Gewässerschutz**

Die Grundwasservorkommen sind unter Beachtung der einschlägigen gesetzlichen Grundlagen und Richtlinien, insbesondere des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushaltes (Wasserhaushaltsgesetz – WHG) gegen Beeinträchtigung zu schützen.

Für den Umgang mit Kraftstoffen, Schmiermitteln und Reinigungsflüssigkeiten sowie sonstige Gefahrstoffe sind geeignete Maßnahmen zur Vermeidung von Verunreinigungen der Stellflächen und des Erdreiches vorzusehen. Eine freie Einleitung in den Untergrund oder in Abwasserleitungen ist verboten. Die Sicherungspflicht obliegt dem AN.

#### **Lärmschutz**

Die Ausführung der Vertragsleistung muss teilweise am Wochenende bzw. in Nachtstunden erfolgen. Genehmigungen von Behörden liegen in diesem Zusammenhang noch nicht vor (z.B. Nacht- /Sonntags- oder Feiertagsarbeit). Zur Beantragung sind Angaben erforderlich, welche noch im Rahmen der Ausführungsplanung vom AN zu erarbeiten sind und deswegen inhaltlich von diesem bestimmt werden (z. B. Wahl der eingesetzten Maschinen).

Für Arbeiten in geschützten Zeiten sind nach geltendem Landesrecht Ausnahmegenehmigungen, Anzeigen etc. erforderlich. Der AN hat unter Beachtung des geplanten Bauablaufes, der anzuwendenden Bauverfahren und des geplanten Maschineneinsatzes, mindestens 2 Wochen vorher, bei den zuständigen Stellen erforderliche Ausnahmen zu beantragen bzw. die relevanten Bauarbeiten anzuzeigen

### 0.1.14 Schutzmaßnahmen

#### **Belange des Boden- und Denkmalschutzes**

Sollten bei Erdarbeiten Bodendenkmale entdeckt werden, sind diese unverzüglich dem Amt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum, Abteilung Bodendenkmalpflege Hessen Archäologie sowie der unteren Denkmalschutzbehörde anzuzeigen.

### ***Bäume und Flurgehölze***

Die im Bau- und Baustelleneinrichtungsbereich vorhandene Vegetation, besonders die unter Baumschutz stehenden Bäume, sind während der gesamten Bauzeit entsprechend den Ausführungen der DIN 18920 (Schutz von Bäumen, Pflanzenbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen) zu schützen.

Die erforderlichen Rodungs- und Baumfällarbeiten sind grundsätzlich außerhalb der Brutzeit von Vögeln zwischen Anfang Oktober und Ende Februar (§ 39 BNatSchG) durchzuführen.

### ***Gewässerschutz / Boden***

Die Grundwasservorkommen sind unter Beachtung der einschlägigen gesetzlichen Grundlagen und Richtlinien, insbesondere des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushaltes (Wasserhaushaltsgesetz – WHG) gegen Beeinträchtigung zu schützen.

Zum Schutz des Bodens sowie des Grundwassers ist ein ordnungsgemäßer Umgang mit sämtlichen umweltgefährdenden Stoffen (insbesondere Treib- und Schmierstoffe) auf der Baustelle sicher zu stellen. Baustellenabwässer sind zu reinigen und gebündelt abzuführen.

Es wird auf die Haftpflicht zum Schutz von Grundwasser und Gewässer vor Verunreinigungen hingewiesen. Schadenersatzansprüche gehen zu Lasten des AN. Sicherungsmaßnahmen werden nicht gesondert vergütet. Bei Havarien oder ungewöhnlichen Ereignissen sind die örtliche Bauüberwachung und die untere Wasserbehörde unverzüglich zu informieren.

### ***Immissionsschutz***

Zur Vermeidung von erhöhten Erschütterungsimmissionen sind statische Verdichtungsmethoden auf Höhe von Bestandsgebäuden einzusetzen. Grundsätzlich kommen geräuscharme Baumaschinen und Bauverfahren zum Einsatz, die den einschlägigen Vorschriften des Lärm- und Immissionsschutzes entsprechen sowie Beachtung der Forderungen der Geräte- und Maschinenlärmschutzverordnung - 32. BImSchV und der Richtlinie 2000/14/EG). Der Einsatz von Vibrationswalzen ist auszuschließen.

Erforderliche oder zugesagte Bestandsaufnahmen oder Beweissicherungen sind durch den AN vor Baubeginn durchzuführen. Der Umfang ist in Abstimmung mit dem Lärmschutzbeauftragten / Gutachter vor Baubeginn festzulegen. Dabei sind diejenigen zu beteiligen, deren Rechte durch die Beweissicherung gewahrt werden sollen.

Weitere Maßnahmen zur Geräuschreduzierung seitens des AN:

- Einsatz lärmarmer Bauverfahren
- Regelmäßige Wartung und Instandhaltung der Gerätetechnik durch AN, um bspw. zusätzliche Störgeräusche zu vermeiden
- Sofern möglich: Gleichzeitige Ausführung lärmintensiver Tätigkeiten, um Einwirkzeiten mit hoher Schallimmission zu verkürzen
- Vermeidung unnötiger Leerlaufzeiten von Maschinen

Instruktion des Baustellenpersonals durch Lärmschutzbeauftragten; regelmäßige Kontrolle der Einhaltung entsprechender Maßnahmen durch Lärmschutzbeauftragten

#### 0.1.15 bleibt frei

#### 0.1.16 bleibt frei

#### 0.1.17 Hindernisse

Im Bereich des Bahnüberganges sind Bestandsanlagen von Leitungsträgern vorhanden.

#### 0.1.18 Kampfmittel

Es wird bestätigt, dass die DB InfraGO AG als Bauherrin, die im Bundesland Hessen geltenden Anforderungen zur Klärung eines Kampfmittelverdachts durchgeführt hat. Die Bewertung der Luftbilddatenbank hat ergeben, dass kein Kampfmittelverdacht besteht und weitergehende kampfmitteltechnische Maßnahmen nicht erforderlich sind.

#### 0.1.19 Baustellenverordnung

keine besonderen Anmerkungen

#### 0.1.20 Auflagen Dritter

keine weiteren Anmerkungen

#### 0.1.21 bleibt frei

#### 0.1.22 Vorarbeiten des AG

entfällt

#### 0.1.23 Arbeiten anderer Unternehmer

Folgende andere Unternehmer sind zeitgleich im Bereich der Baustelle tätig:

- AN<sub>LST</sub>,
- AN Ökologische BÜW.
- AN Kabeltiefbau, Tiefbau, Oberbau,
- AN<sub>TK</sub>,

#### 0.1.24 Besondere Auflagen

Soweit in der Leistungsbeschreibung auf Technische Spezifikationen, z.B. nationale Normen, mit denen Europäische Normen umgesetzt werden, europäische technische Zulassungen, gemeinsame technische Spezifikationen, Internationale Normen, Bezug genommen wird, werden auch ohne den ausdrücklichen Zusatz: „oder gleichwertig“ immer gleichwertige Technische Spezifikationen in Bezug genommen.

## 0.2 Angaben zur Ausführung

#### 0.2.1 Bauablauf

Der geplante Bauablauf ist dem Rahmenterminplan des AG gem. Anlage 3.1 zu entnehmen.

#### 0.2.2 Erschwernisse

Das Bauvorhaben muss unter Aufrechterhaltung und ohne Gefährdung des Eisenbahnbetriebes durchgeführt werden. Während der Bauarbeiten ist stets der Regellichtraum bzw.

der Gefahrenraum für Bahnfahrzeuge freizuhalten. Arbeiten im Lichtraumprofil sind stets nur im gesperrten Gleis möglich.

Die Aufwendungen für die vorgenannten Erschwernisse sind einzukalkulieren und werden nicht gesondert vergütet.

### 0.2.3 Vorgaben aus dem SiGe-Plan

keine besonderen Anmerkungen

### 0.2.4 bleibt frei

### 0.2.5 Kontaminierte Bereiche

keine besonderen Anmerkungen

### 0.2.6 Besondere Einrichtungen

#### **Baustelleneinrichtungs- und Bereitstellungsflächen:**

Die Baustelleneinrichtungsflächen und Bereitstellungsflächen werden nicht beigestellt.

Die Baustelleneinrichtungs- und Bereitstellungsflächen sind vom AN durch einen umlaufenden Bauzaun wirksam gegen unbefugte Zutritte, Nutzungen o.ä. durch Dritte zu sichern, insbesondere außerhalb der Betriebs- und Arbeitszeiten entsprechend abzusperren.

Aufwendungen zum Errichten, Vorhalten, Betreiben, Unterhalten, ggf. Umsetzen und Rückbauen des Bauzaunes und der notwendigen Sicherungseinrichtungen sind einzurechnen und werden nicht gesondert vergütet.

### 0.2.7 Besondere Anforderungen an Gerüste

entfällt

### 0.2.8 Mitbenutzung fremder Einrichtungen

entfällt

### 0.2.9 Vorhaltung für andere Unternehmer

Entfällt

### 0.2.10 bleibt frei

### 0.2.11 bleibt frei

### 0.2.12 bleibt frei

### 0.2.13 Eignungs- und Gütenachweise

#### 0.2.13.1 Eignungs- und Gütenachweise für zugelieferte mineralische Ersatzbaustoffe (MEB) und Bodenmaterial

Der AN wird auf das Inkrafttreten der sog. Mantel-Verordnung mit ihren wesentlichen Bestandteilen Ersatzbaustoffverordnung (EBV) und einer erheblich geänderten Bundesbodenschutzverordnung (BBodSchV) zum 01.08.2023 hingewiesen. Bei der Umsetzung ist, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, folgendes zu beachten:

Die EBV regelt die Anforderungen an den Einbau von mineralischen Ersatzbaustoffen (MEB) in technische Bauwerke und ersetzt die bislang geltenden Vorgaben der LAGA - Merkblätter bzw. spezielleren landesrechtlichen Regelungen. Bodenmaterial, welches in oder unterhalb eines technischen Bauwerkes eingebaut werden soll, ist als MEB zu betrachten und unterliegt ebenfalls der EBV.

Die geänderte BBodSchV regelt den Einbau von Boden in, außer- oder unterhalb einer durchwurzelbaren Bodenschicht oder in bodenähnlichen Anwendungen außerhalb von technischen Bauwerken.

Daher ist die Umweltverträglichkeit für zugelieferte mineralische Ersatzbaustoffe auf Basis der Materialklassen der EBV und für zugeliefertes Bodenmaterial in bodenähnlichen Anwendungen auf Basis der Vorsorgewerte der BBodSchV nachzuweisen.

Der AN hat 8 Wochen vor einem geplanten Einbau von Bodenmaterial in das Bauvorhaben oder von MEB in technische Bauwerke des Bauvorhabens die schriftliche Zustimmung des AG dazu einzuholen. Dem Antrag sind die Nachweise der Umweltverträglichkeit und der bodenphysikalischen Eignung des MEB beizufügen, bei einem Einbau in technische Bauwerke ist zusätzlich die technische Bauweise gemäß Anlage 2 + 3 EBV anzugeben.

Die DB AG und die mit ihr verbundenen Unternehmen untersagen für ihre Bauvorhaben, Grundstücke und Anlagen generell den Einbau der in § 20 Abs. 1 EBV aufgeführten mineralischen Ersatzbaustoffe u.a. Kupol- und Hochofenschlacke, Hüttensand, Flug- und Kesselasche und Gießereirestsand.

Der zum Einbau vorgesehene zugelieferte Bodenaushub ist vom AN fachgerecht und getrennt nach Bodenarten zwischenzulagern, so dass sich die bodenphysikalischen Eigenschaften und die Bodenfunktionen nicht verschlechtern.

Die Umweltverträglichkeit der MEB ist durch eine repräsentative chemische Analytik eines akkreditierten Labors nachzuweisen. Der AN hat für zugelieferte MEB auch die notwendigen bodenphysikalischen Untersuchungen, z.B. Verdichtungsfähigkeit, Verformungsmodul und Wasserdurchlässigkeit, durchzuführen. Der AG behält sich vor, bei fehlender Akkreditierung des Probennehmers bzw. des Labors eine bodenphysikalische Beurteilung durch ein akkreditiertes Labor abzufordern.

Für den Nachweis der Umweltverträglichkeit von Neuschotter oder Recyclingschotter sowie PSS / FSS gelten neben der EBV die Anforderungen des DB- Regelwerks.

Der AN hat die laufende Übereinstimmung des eingebauten Materials mit den vorgelegten Nachweisen zu gewährleisten, der AG behält sich stichprobenartige Kontrolluntersuchungen vor. Bei Nichteignung ist das Material vom AN ordnungsgemäß und für den AG kostenfrei zu entsorgen.

Bezüglich der Einbaudokumentation und der Vor- und Abschlussanzeigen gem. EBV siehe Ziff. 0.2.15.10.4.

Die Erstellung der Einbaudokumentation und ggf. der Anzeigen erfolgt grundsätzlich erst nach AG seitiger Freigabe des vom AN beantragten MEB-Einbaus.

Die Übermittlung einer Vor- und Abschlussanzeige an die zuständigen Behörden ist erforderlich, wenn ein geplanter Einbau von MEB (inkl. Bodenmaterial) die nachfolgenden Kriterien erfüllt:

1. Es soll Bodenmaterial mindestens BM-F0\*, Baggergut mind. BG-F0\*, aufbereiteter Gleisschotter mind. GS-1 oder aufbereitete RC-Baustoffe mind. RC-1 oder jeweils höherer Materialklassen in Wasser- oder Heilquellenschutzgebiete der Zone III oder höher eingebaut werden oder

2. Es soll Bodenmaterial, Baggergut oder RC-Baustoffe der Klasse 3 (BM-F3, BG-F3 oder RC-3) mit einer geplanten Einbaumenge  $\geq 250 \text{ m}^3$  eingebaut werden.

Nach dem Ende des Einbaus ist für die o.g. Materialien im System ZEDAL eine Abschlussanzeige zu erstellen.

### 0.2.13.2 bleibt frei

## 0.2.14 Umgang mit gewonnenen Stoffen

Das im Rahmen der Baumaßnahme auszuhebende Bodenmaterial ist selektiv abzutragen, um eine Vermischung unterschiedlichen Bodenmaterials zu vermeiden.

Der zum Wiedereinbau im Bauvorhaben (am Herkunftsort) vorgesehene Bodenaushub ist fachgerecht und getrennt nach Bodenarten zwischenzulagern, so dass sich die bodenphysikalischen Eigenschaften und die Bodenfunktionen nicht verschlechtern.

Der zum Wiedereinbau vorgesehene Bodenaushub unterliegt nicht dem Abfallrecht und bedarf gemäß der Bundesbodenschutzverordnung keiner chemischen Untersuchung, soweit nach Art, Menge, Schadstoffgehalten und physikalischen Eigenschaften des Materials sowie den Schadstoffgehalten am Einbringungsort das Entstehen einer schädliche Bodenverunreinigung nicht zu besorgen ist. Der AN hat mit dem AG abzustimmen, ob und in welcher Frequenz für dieses Material dennoch chemische Untersuchungen durchzuführen sind. Die notwendigen bodenphysikalischen Untersuchungen für das wiedereinzubauende Material, sind in jedem Fall vom Auftragnehmer zu erbringen.

Der AG behält sich vor, bei fehlender Akkreditierung des Probennehmers / Labors eine bodenphysikalische Beurteilung durch ein akkreditiertes Labor abzufordern.

Der AN hat 14 Kalendertage vor dem geplanten Wiedereinbau von Bodenaushub die Zustimmung des AG einzuholen, dabei sind erforderlichen Nachweise der bodenphysikalischen und ggf. chemischen Eignung beizulegen.

Der Wiedereinbau ist mit dem Vordruck M.01.02.15.03 Anlage 10 „Einbaudokumentation Boden und Ersatzbaustoffe“ zu dokumentieren. Die Dokumentation ist um die jeweiligen Analyseberichte zu ergänzen und unverzüglich der BÜW zu übergeben.

Sofern der AN mit der Entsorgung von Bodenaushub und mineralischen Restbaustoffen des Bauvorhabens beauftragt ist, hat er den nicht im Bauvorhaben wieder einbaubaren Bodenaushub vorzugsweise in bodenähnlichen Anwendungen außerhalb des Bauvorhabens zu verwerten, ist dies nicht möglich, ist der Bodenaushub anderweitig ordnungsgemäß und schadlos zu verwerten oder gemeinwohlverträglich zu beseitigen.

Plant der AN die Verbringung von Bodenaushub in andere Bauvorhaben oder von MEB in technische Bauwerke anderer Bauvorhaben, hat er dafür die schriftliche Zustimmung des AG einzuholen, parallel sind die entsprechende Einbaugenehmigung der zuständigen Behörde und die schriftliche Zustimmung des betroffenen Dritten vorzulegen.

Bezüglich der Einbaudokumentation und den Vor- und Abschlussanzeigen gem. EBV siehe Ziff. 0.2.15.10.4.

Die Erstellung der Einbaudokumentation und ggf. der Anzeigen erfolgt grundsätzlich erst nach AG seitiger Freigabe des vom AN beantragten MEB-Einbaus.

Alle Aufwendungen für die vorgenannten Sachverhalte sind einzukalkulieren, es erfolgt keine gesonderte Vergütung.

## 0.2.15 Abfallmanagement von Bau- und Abbruchabfällen

### 0.2.15.1 Allgemeine Pflichten und Leistungen des Auftragnehmers

Der Auftragnehmer richtet seine Leistung darauf aus, den Anfall von Bau- und Abbruchabfällen im Bauvorhaben zu minimieren, indem er z.B. durch selektiven Bodenabtrag und einen separierenden Rückbau gewährleistet, dass die im Bauvorhaben anfallenden Materialien und Abfälle sortenrein gewonnen und getrennt bereitgestellt werden.

Der AN hat bei seinen Ausführungsunterlagen (z.B. Massenkonzent) und Baudurchführung, soweit rechtlich zulässig und wirtschaftlich vorteilhaft, die vorrangige Wiederverwendung von Boden und ggf. weiteren Stoffen im Bauvorhaben anstelle von Ausbau und Entsorgung umzusetzen.

Nach Zuschlagserteilung hat der AN entsprechend frühzeitig mit den erforderlichen bodenphysikalischen Untersuchungen, soweit möglich unter Verwendung von Rückstellproben des AG, zu beginnen, um die Möglichkeiten zur Wiederverwendung des Materials abzuklären.

Beim Antreffen von bisher nicht bekannten Bodenverunreinigungen und Altablagerungen ist der AN verpflichtet, die Bauarbeiten unverzüglich zu unterbrechen. Der betreffende Bereich ist zu sichern und es sind die vertragsabwickelnde Stelle, die BÜW und die Abfalltechnische Bauüberwachung zu informieren.

#### **Sach- und Fachkundenachweise**

Der Auftragnehmer hat vor Ort auf der Baustelle einen Abfallverantwortlichen (i.S.d. § 59 KrWG) mit der Qualifikation eines Abfallbeauftragten / Fachbauleiters zu stellen (vgl. entspr. LV-Position).

Der Abfallverantwortliche muss über einen Sachkundenachweis für die Probenahme fester Abfälle gemäß LAGA PN98 verfügen.

Sofern der AN vom AG mit der Durchführung von chemischen Untersuchungen / Deklarationsanalysen beauftragt wird, hat er für die Probenahme einen unabhängigen und für die Art der Probenahme fach- und sachkundigen Probenehmer (LAGA PN98), für die Analytik und Gutachtenerstellung ausschließlich einen nach DIN EN ISO / IEC 17025 akkreditierten Nachauftragnehmer einzusetzen.

Zur Vermeidung von Interessenkonflikten darf der AN Leistungen der Probenahme oder Bewertung von Analyseergebnissen (Prüfberichte) nicht an Nachunternehmer beauftragen, wenn diese gleichzeitig am Entsorgungsvorgang beteiligt sind, z.B. Entsorgungsunternehmen, Abfallmakler und Transportunternehmen.

Der Auftragnehmer hat dem AG die für diese Tätigkeiten vorgesehenen Nachunternehmer unmittelbar nach Auftragserteilung, spätestens jedoch im Entsorgungskonzept AN, namentlich und unter Vorlage der notwendigen Fach- und Sachkundenachweise bzw. Zertifikate zu benennen.

#### **Entsorgungskonzept AN**

Der AN hat auf der Basis der Vergabeunterlagen und der Gegebenheiten des Bauvorhabens ein verbindliches, vorhabenbezogenes Entsorgungskonzept für die Baudurchführung gemäß der M.01.02.15.03 Anlage 8 „Mustergliederung Entsorgungskonzept AN“ zu erstellen.

Über den ausgeschriebenen Analysenumfang hinaus erforderliche Parameter für die Abfalldeklaration sind mit Übergabe des Entsorgungskonzepts AN anzuzeigen und durch den AG zu genehmigen, für die Analytik nach EBV bzw. LAGA gelten dazu gesonderte Vorgaben, vgl. Kapitel 0.2.15.5. Über die vom AG genehmigten Parameter hinausgehenden Änderungen

bzw. nachträgliche Änderungen auf Verlangen des AN werden nicht berücksichtigt und gehen zu seinen Lasten.

Das Vorliegen eines bestätigten Entsorgungskonzeptes ist Voraussetzung für jegliche Wiedereinbau- oder Entsorgungsmaßnahmen.

### 0.2.15.2 Definition Abfallerzeuger und Abfallbesitzer

Abfallerzeuger gemäß KrWG § 3 Abs. 8 ist:	DB InfraGO AG, Region Mitte Projektbezeichnung ESTW-Z Friedrichsdorf Vertragsabwickelnde Stelle gem. Bauvertrag
Abfallbesitzer gemäß KrWG § 3 Abs. 9 ist:	der Auftragnehmer (AN)

Der Abfallerzeuger ist für die Bau- und Abbruchabfälle, die unmittelbar aus der Baumaßnahme stammen (z.B. Oberbaumaterial, Bodenaushub, Bauschutt, Kabel, Schrott), rechtlich verantwortlich. Der Auftragnehmer wird für diese Abfälle Abfallbesitzer. Er wird vom Abfallerzeuger mit der Wahrnehmung bestimmter Aufgaben des Abfallerzeugers beauftragt.

Die im Vorhaben anfallenden Bau- und Abbruchabfälle sind vom AN ordnungsgemäß (rechtskonform) und schadlos unter Einhaltung aller im Bauvertrag enthaltenen Vorgaben zu entsorgen, hierfür haftet der AN dem AG. Die Abfallerzeugereigenschaft und das Eigentum der DB / DB InfraGO AG an den Bau- und Abbruchabfällen des Bauvorhabens endet mit der Entsorgung.

Der AN stellt sicher, dass die von Ihm mit dem Transport und der Entsorgung beauftragten Nachunternehmer zuverlässig, fachlich geeignet und rechtlich befugt sind, daher hat der AN für die Beförderung der Bauabfälle nur zugelassene Transporteure und für deren Entsorgung nur zertifizierte Entsorgungsfachbetriebe zu binden. Entsprechende Unterlagen sind unmittelbar nach Auftragserteilung, spätestens mit dem Entsorgungskonzept AN, an den AG zu übergeben.

Der AN hat den AG unverzüglich über geänderte Annahmekriterien von Entsorgungsanlagen, den vorgesehenen Wechsel des Entsorgers bzw. der Entsorgungsanlage sowie über Abstimmungs- / Genehmigungserfordernisse mit den zuständigen Behörden zu informieren. Abstimmungen mit den Behörden erfolgen ausschließlich durch den AG.

Der AN ist Abfallerzeuger und Abfallbesitzer gemäß §3 Abs. 8+9 KrWG für die Abfälle, die er u.a. durch Lieferungen sowie den Betrieb und die Unterhaltung der Baustelleneinrichtung erzeugt (z.B. Verbaumaterialien, Material zur Erstellung von Baustraßen, Verpackungen). Diese Abfälle sind von ihm selbständig und separat von den Abfällen des AG gemäß den einschlägigen Rechtsvorschriften zu entsorgen und werden nicht gesondert vergütet. Auf Anforderung sind dem AG Verbleibsnachweise für diese Abfälle in Kopie zu übergeben.

### 0.2.15.3 Betrieb von Baustelleneinrichtungs- und Bereitstellungsflächen für Abfälle

Der AN hat für alle vom AG zur Verfügung gestellten Baustelleneinrichtungs- und Bereitstellungsflächen inklusive Baustellenzufahrten ein Beweissicherungsverfahren nach BBodSchV für den anstehenden Unterboden durchzuführen. Da die BE-Flächen i.d.R. auf dem Unterboden aufbauen, sind die chemischen Bodenuntersuchungen zur Beweissicherung nach dem Abschieben und vor dem Wiederandecken des Oberbodens vorzunehmen.

Sofern der AN zusätzliche Flächen außerhalb der vom AG zur Verfügung gestellten, planfestgestellten oder anderweitig genehmigten Baustelleneinrichtungs- und Bereitstellungsflächen bzw. außerhalb der Baustelle / der Erstreckung der Bau- und



Betriebsanweisung (BETRA) zur Bereitstellung oder Aufbereitung nutzen will, hat er selbständig die hierfür notwendigen privatrechtlichen und öffentlich - rechtlichen Genehmigungen (z.B. gemäß 4. BImSchV) einzuholen und diese dem AG vor der Nutzung nachweisfähig (z.B. Bescheid) vorzulegen.

Der AN hat auch für diese Flächen einschließlich der Zufahrten ein Beweissicherungsverfahren nach BBodSchV durchzuführen.

Sofern der AN auf o.g. baustellenfernen, nicht planfestgestellten Flächen mehr als 100 t nicht gefährliche bzw. mehr als 30 t gefährliche Abfälle bereitstellt (zwischenlagert) oder behandelt oder auf baustellennahen Flächen über einen längeren Zeitraum zwischenlagert oder behandelt, hat er gemäß 4. BImSchV vor Nutzungsbeginn eine Genehmigung der zuständigen Immissionsschutzbehörde zu beantragen.

In Bezug auf die o.g. Flächen hat der AN dem AG auf Anforderung die für ein ggf. erforderliches Planänderungsverfahren beim Eisenbahnbundesamt oder einem sonstigen Genehmigungsverfahren der zuständigen Behörde notwendigen Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

Alle mit den vorgenannten Anforderungen verbundenen Leistungen sind in das Angebot einzurechnen, es erfolgt keine gesonderte Vergütung.

Die für die Bereitstellung von Abfällen und damit der Lagerung von wassergefährdenden Stoffen vorgesehenen Bereitstellungsflächen ohne Planfeststellung bzw. ohne direkten Baustellen-/ BETRA-Bezug sind vom Auftragnehmer auf Anordnung des AG als AwSV - Anlage mit entsprechenden Anforderungen (u.a. Eignungsfeststellung, Anlagendokumentation, Betriebsanweisung, Betriebstagebuch, Überwachungs- und Prüfpflichten) zu betreiben.

#### 0.2.15.4 Leistungen des AN zur Umsetzung der Gewerbeabfallverordnung

Der Auftragnehmer hat die Anforderungen der Gewerbeabfallverordnung (GewAbfV) einzuhalten. Die GewAbfV betrifft diverse nicht gefährliche Siedlungsabfälle (hausmüllähnliche Abfälle) des 20iger AVV- Nummernkreises z.B. Papier, Pappe, Glas sowie folgende nicht gefährlichen Bauabfälle:

- AVV 170101 Beton
- AVV 170102 Ziegel
- AVV 170103 Fliesen u. Keramik
- AVV 170107 gemischter Bauschutt
- AVV 170202 Glas
- AVV 170203 Kunststoff
- AVV 170401 bis 170407 div. Metalle
- AVV 170411 nicht gefährliche Kabel
- AVV 170201 Holz
- AVV 170604 Dämmmaterial
- AVV 170302 Bitumengemische.

Diese Abfälle sind vom AN grundsätzlich getrennt auszubauen, getrennt zu halten bzw. bereit zu stellen, zu befördern sowie vorrangig der Vorbereitung zur Wiederverwendung oder dem Recycling zuzuführen.

Eine Entsorgung von Gemischen der o.g. Abfälle ist unbedingt zu vermeiden.

Sofern Gewerbeabfälle aus den gemäß GewAbfV zulässigen Gründen als Gemische anfallen, sind diese unverzüglich und nachweislich zur Auftrennung in die Teilfraktionen den dafür

zugelassenen Aufbereitungsanlagen (Siedlungsabfälle) bzw. Vorbehandlungsanlagen (Bauabfälle) zuzuführen.

Ist eine Abfalltrennung oder Aufbereitung technisch nicht möglich oder wirtschaftlich nicht zumutbar, sind die Gemische möglichst hochwertig zu verwerten, ist auch dies nicht möglich, sind die Gemische ordnungsgemäß und gemeinwohlverträglich zu beseitigen.

Als Nachweise über die Getrennthaltung, die abweichend erforderliche Vorbehandlung / Aufbereitung oder die abweichend erforderliche schadlose, hochwertige sonstige Verwertung hat der Auftragnehmer dem AG geeignete Dokumente, wie z.B. Haufwerkslagepläne, Probenahmeprotokolle einschließlich Fotodokumentation zu übergeben. In den Unterlagen sind die Abweichungen von den Vorgaben der GewAbfV unter Verwendung der Kategorien der GewAbfV nachvollziehbar zu dokumentieren und zu begründen, die Dokumente sind von der BÜW zu bestätigen und mit den zur Freigabe der Entsorgung der Gemische durch den AG eingereichten Entsorgungsnachweisen zu übermitteln und im eANV / e-Akte zu hinterlegen.

### 0.2.15.5 Systematik der zu vergebenden Entsorgungsleistungen für mineralische Bau- und Abbruchabfälle

Der AG schreibt die im gegenständlichen Bauvorhaben zu erbringenden Entsorgungsleistungen von mineralischen Bau- und Abbruchabfällen (MBA) zur Verwertung über ein Leistungsverzeichnis aus, das sich an den in Anlage 1 Tab. 1 – 4 und Anlage 4 Tab. 2.2 der der Ersatzbaustoffverordnung (EBV) definierten Materialklassen bzw. Materialwerten orientiert, aber um zusätzliche Materialwerte erweitert wurde. Diese zusätzlichen Materialwerte sind erforderlich, um alle relevanten Schadstoffe zu erfassen und um die mineralischen Abfälle als gefährlich / nicht gefährlich einstufen und einer AVV-Nr. zuordnen zu können. Diese Regelung betrifft folgende Abfallarten:

Abfallbezeichnung	Abfallschlüssel AVV	Materialklasse gemäß EBV
Boden ≤ 10% mineralische Fremdbestandteile	17 05 04	BM-0*
Boden > 10% u. ≤ 50% mineralische Fremdbestandteile	17 05 04	BM-F0*, BM-F1, BM-F2, BM-F3
Gleisschotter	17 05 08	GS-0, GS-1, GS-2, GS-3
Beton(bruch)	17 01 01	RC-1, RC-2, RC-3
Ziegel	17 01 02	
Fliesen und Keramik	17 01 03	
Gemische aus Beton, Ziegeln, Fliesen und Keramik mit Ausnahme derjenigen, die unter 170106 fallen	17 01 07	

BM-x: Bodenmaterial Materialklasse X mit ≤ 10% mineralische **Fremdbestandteile**

BM-Fx: Bodenmaterial Materialklasse X mit > 10% u. ≤ 50% mineralische **Fremdbestandteile**

Die vereinbarte Leistungsbeschreibung und Vergütung stellen die vertragliche und abfallrechtliche Grundlage für die Erbringung der vereinbarten Entsorgungs- und Transportleistungen und ggf. Analytikleistungen des Auftragnehmers dar. Der AN hat dies bei der Vertragsgestaltung mit den von ihm gebundenen Ingenieurbüros/ Untersuchungsstellen sowie Aufbereitungs- und Verwertungsanlagen und Beförderern zu berücksichtigen.

Der AG schreibt die im gegenständlichen Bauvorhaben zu erbringenden Entsorgungsleistungen von mineralischen Bau- und Abbruchabfällen (MBA) zur Verwertung

über ein Leistungsverzeichnis auf Grundlage der Zuordnungswerte LAGA M 20 aus. Diese Regelung betrifft folgende Abfallarten und Einstufungen:

<b>Abfallbezeichnung</b>	<b>Abfallschlüssel AVV</b>	<b>Einstufung nach LAGA M 20</b>
Boden	17 05 04	<b>LAGA Z0, Z1.1, Z1.2, Z2</b>
Gleisschotter	17 05 08	<b>LAGA Z0, Z1.1, Z1.2, Z2</b>
Beton(bruch)	17 01 01	<b>LAGA Z0, Z1.1, Z1.2, Z2</b>
Ziegel	17 01 02	
Fliesen und Keramik	17 01 03	
Gemische aus Beton, Ziegeln, Fliesen und Keramik mit Ausnahme derjenigen, die unter 170106 fallen	17 01 07	

Die vereinbarte Leistungsbeschreibung und Vergütung stellen die vertragliche und abfallrechtliche Grundlage für die Erbringung der vereinbarten Entsorgungs- und Transportleistungen und ggf. Analytikleistungen des Auftragnehmers dar. Der AN hat dies bei der Vertragsgestaltung mit den von ihm gebundenen Ingenieurbüros/ Untersuchungsstellen sowie Aufbereitungs- und Verwertungsanlagen und Beförderern zu berücksichtigen.

Der AN hat alle mineralischen Bau- und Abbruchabfälle (MBA) je Haufwerk / Ausbaurubatur gemäß EBV / untersuchen und einzustufen, um diese den entsprechenden Entsorgungspositionen im LV des Bauvertrages zuordnen zu können.

Hat der AN mit den von ihm gebundenen Aufbereitungs- und Verwertungsanlagen Untersuchungen/Einstufungen nach anderen Vorschriften, z.B. nach EBV oder BBodSchV vereinbart, hat er diese Leistungen in sein Angebot einzukalkulieren, es erfolgt keine gesonderte Vergütung. Plant der AN die direkte Verwertung von Bodenmaterial in einem technischen Bauwerk, ist die dazu erforderliche EBV-Analytik ebenso in sein Angebot einzukalkulieren.

### 0.2.15.6 Umgang mit Rückbau- und Abbruchabfällen

Die vom AN durchzuführenden Rückbau- und Abbrucharbeiten umfassen den Rückbau der vollständigen ober- und unterirdischen Bauwerkssubstanz, die Entkernung und Demontage der diversen, ggf. schadstoffhaltigen Baustoffe, Einrichtungsgegenstände, Installationen und Anlagen, den Transport und die fachgerechte Entsorgung aller anfallenden Abfälle und ggf. die Verfüllung der Baugruben mit unbelastetem Bodenaushub.

Im Vorfeld der Rückbauarbeiten hat der AN zusammen mit dem Fachgutachter des AG bzw. mit der Bauüberwachung vor Ort eine Bestandsaufnahme der abzubrechenden Bausubstanz vorzunehmen, insbesondere wenn diese noch nicht auf ihre Zusammensetzung und mögliche Schadstoffbelastung untersucht wurde. Auffällige Bauteile mit Schadstoffverdacht, z.B. Öl- und Schmierstoffverunreinigungen, Teer- oder Bitumenanstriche, sind farblich zu kennzeichnen. Anschließend hat der Auftragnehmer Bau die erforderlichen Rückbau- und Abbrucharbeiten detailliert im Entsorgungskonzept zu beschreiben, vom AG übergebene Gutachten und chemische Analysen sind zu berücksichtigen.

Vor dem eigentlichen Abbruch sind alle schadstoffhaltigen bzw. entsorgungsaufwendigen Materialien aus dem Bauwerk auszubauen und getrennt zur Entsorgung bereitzustellen. Anschließend ist der verbleibende Rohbau abzubrechen und sortenrein zur Entsorgung bereitzustellen.

Alle Aufwendungen für die vorgenannten Sachverhalte sind in das Angebot einzurechnen, es erfolgt keine gesonderte Vergütung.

Werden beim Rückbau der baulichen Anlagen zuvor unentdeckte, auffällige Bauteile mit Schadstoffverdacht (kontaminierte Baustoffe) vorgefunden, sind die Bauarbeiten unverzüglich zu unterbrechen, die betreffende Baustelle zu sichern und die Bauüberwachung sowie der für Umweltschutzbelange verantwortliche Mitarbeiter unverzüglich zu informieren.

#### 0.2.15.7 Umgang mit LST- und TK-Reststoffen sowie Schrott entfällt

#### 0.2.15.8 Haufwerksbildung und Bereitstellung

Materialien zum Wiedereinbau bzw. Bauabfälle zur Entsorgung sind in sortenreinen Haufwerken aufzuhalten und bis zu einem Volumen von 100m<sup>3</sup> ordnungsgemäß bereitzustellen.

Dazu sind die anfallenden Materialien bzw. Bauabfälle nach ihrer zu erwartenden Belastung zu trennen. Unter Umständen ist die Bildung mehrerer Haufwerke auch bei geringen Aushub- oder Abbruchkubaturen erforderlich.

Die Wahl der Haufwerksstandorte und deren Flächenbedarf hat der AN in eigener Zuständigkeit gemäß seiner Baustellenlogistik nach zeitlichen- und mengenmäßigem Anfall zu ermitteln.

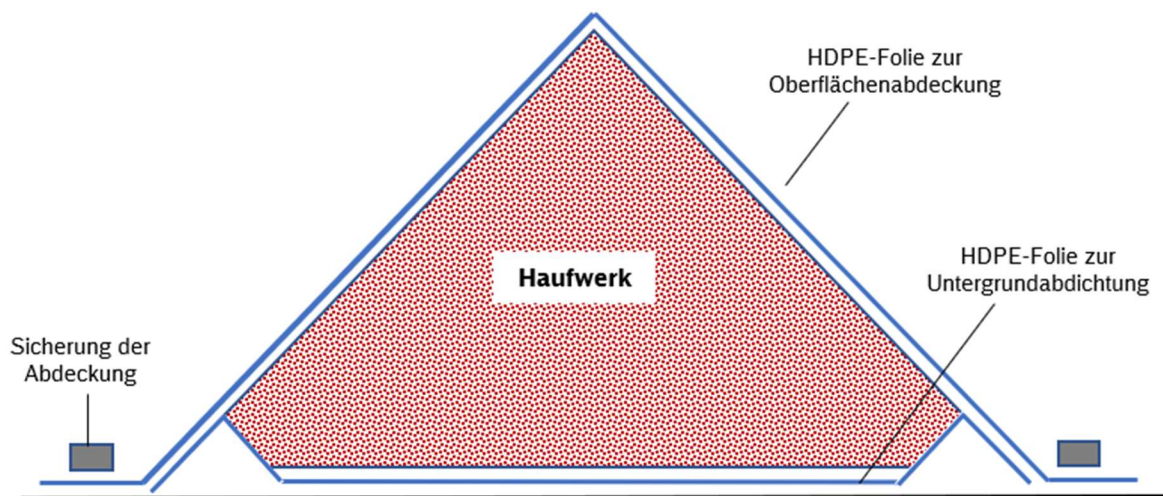
Die Haufwerke sind mit einem wetterfesten Schild, welches die Haufwerksbezeichnung und der Schadstoffklassifizierung angibt, dauerhaft zu kennzeichnen.

Der AN hat die in Haufwerken bereitgestellten Materialien generell so zu sichern, dass Gefährdungen von Schutzgütern durch die Abfälle oder darin enthaltene Schadstoffe ausgeschlossen sind.

Alle Abfälle mit der Einstufung ab LAGA Z 1.2 bzw. RC 2/ BM 2 gemäß EBV oder höher sind immer mit einer Oberflächenabdichtung aus mind. 0,4 mm starker reißfester HDPE-Folie gemäß nachfolgender Darstellung zu sichern. Das von der Oberflächenabdichtung anfallende unbelastete Niederschlagswasser ist abzuleiten.

Bei allen nach Landesrecht als gefährlich eingestuften Abfällen ist zusätzlich eine entspr. HDPE-Folie gem. nachfolgender Abbildung zur Untergrundabdichtung vorzusehen.

Alternativ zu der beschriebenen Untergrundabdichtung mit HDPE-Folie ist die Nutzung eines mit Bitumen oder Beton befestigten / versiegelten Untergrundes einschließlich einer Entwässerung der Fläche möglich.



**Systemskizze Sicherung eines Haufwerkes**

Für alle Haufwerke hat der Auftragnehmer dem AG folgende Dokumente zu übergeben:

- Aushubprotokoll mit Angaben zu Bezeichnung, Lage, Ortsbeschreibung (Damm, Strecke, Bauwerk usw.), Materialart sowie Art und geschätzter Anteil von Fremdstoffen (Schotter, Bauschutt, Wurzeln etc.), Auffälligkeiten (Färbung, Geruch usw.),
- Fotodokumentation,
- Lageplan der Haufwerke mit Angabe der Bezeichnung, Materialart und Menge,
- Mengenermittlung (durch AN im Beisein der BÜW oder des Fachgutachters des ANs vorzunehmen).

Die zuvor beschriebenen Leistungen sind bei der Kalkulation zu berücksichtigen und werden nicht gesondert vergütet.

### 0.2.15.9 Deklarationsanalytik

entfällt

### 0.2.15.10 Elektronische Nachweisführung über die Entsorgung von Abfällen

Das Nachweisverfahren besteht grundsätzlich aus der Vorabkontrolle der Zulässigkeit des Entsorgungsweges (Entsorgungsgenehmigung) und der Verbleibskontrolle über die ordnungsgemäß durchgeführte Entsorgung (Verbleibsnachweis).

Für alle im Bauvorhaben anfallenden gefährlichen und nicht gefährlichen Bau- und Abbruchabfälle ist eine Nachweisführung über die Entsorgung im elektronischen Abfallnachweisverfahren (eANV) zu gewährleisten.

Der AN, dessen Abfallverantwortlicher und die von ihm beauftragten Nachunternehmer sowie Abfallbeförderer und Entsorger haben aktiv an der Vorbereitung und Durchführung des Nachweisverfahrens im eANV mitzuwirken.

Die projektspezifische Ausgestaltung und das Zusammenwirken zwischen AN und AG sind im Entsorgungskonzept des AN auf der Basis der M.01.02.15.03 Anlagen 7 „Aufgabenverteilung Abfallmanagement“ und 12a „Leitfaden zur Realisierung des elektronischen

Nachweisverfahrens (eANV) für nicht gefährliche Abfälle im ZEDAL“ zu beschreiben und vom AG zu bestätigen.

Der AN hat innerhalb von 14 Werktagen nach Vorliegen der Genehmigung des Entsorgungsweges (Entsorgungsnachweis EN/VN) mit der Entsorgung der bereitgestellten Abfälle zu beginnen.

#### **0.2.15.10.1 Technische Voraussetzungen für das elektronische Abfall-Nachweis-Verfahren**

entfällt

#### **0.2.15.10.2 Vorab- und Verbleibskontrolle für gefährliche Abfälle**

entfällt

#### **0.2.15.10.3 Vorab- und Verbleibskontrolle für nicht gefährliche Abfälle**

entfällt

#### **0.2.15.10.4 Anzeige- u. Dokumentationspflichten gemäß Ersatzbaustoffverordnung**

Abhängig vom Bauvertrag obliegen dem AN ggf. weitere Meld- und Übergabepflichten gegenüber von Behörden, dem AG oder Dritten.

#### **0.2.15.11 Abrechnung von Entsorgungsleistungen**

Für die Abrechnung von Entsorgungsleistungen sind dem AG die folgenden Unterlagen unaufgefordert vorzulegen:

- Abfallrechtliche Verbleibsnachweise wie beschrieben (Kopien ausreichend)
- Wiegescheine aus Nettoverwägung auf geeichter, stationärer Waage
- Mengennachweis auf der Baustelle (jeweils alternativ):
  - Volumenermittlung von Haufwerken,
  - Volumenermittlung Baugrube,
  - Nettoverwägung auf der Baustelle,
  - Zählprotokoll.

Auf die Regelungen zu Ziff. 20.2 ff der ZVB-DB wird hierbei nochmals hingewiesen.

#### **0.2.15.12 Beförderungserlaubnis / Transportgenehmigungen**

Für die Beförderung von gefährlichen Abfällen über öffentliche Verkehrswege zur Bereitstellungsfläche oder zur Entsorgungsanlage benötigt der Abfallbeförderer eine Beförderungserlaubnis nach § 54 KrWG bzw. der Beförderungserlaubnisverordnung (BefErlV; ersetzt TgV). Hiervon ausgenommen sind öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger oder Entsorgungsfachbetriebe, soweit sie für diese Tätigkeit zertifiziert sind.

Die mit dem Transport gefährlicher Abfälle befassten Beförderer müssen für den Leistungszeitraum über eine Zertifizierung zum Entsorgungsfachbetrieb nach § 56 und 57 KrWG bzw. über eine vergleichbare europäische Qualifizierung (Einhaltung der Anforderungen der Entsorgungsfachbetriebeverordnung (EfBV)) oder über eine Transporterlaubnis nach § 54 KrWG verfügen.

Für den Transport von nicht gefährlichen Abfällen müssen die Beförderer für den Leistungszeitraum eine Anzeige gemäß § 53 KrWG an die zuständige Behörde vorgenommen haben.

Alle zur Beförderung von Abfällen vorgesehenen Fahrzeuge sind mit zwei A-Tafeln zu kennzeichnen, dies gilt auch für Entsorgungsfachbetriebe.

Erlaubnis (gA) bzw. Anzeige (ngA) sind jeweils vom Beförderer auf dem Fahrzeug mitzuführen.

Beim Transport gefährlicher Abfälle sind zusätzlich folgende Unterlagen mitzuführen:

- Ausdruck des Begleitscheins mit allen Datenangaben (Auskunftsfähigkeit),
- bei verspäteter Signatur des Beförderers: Vereinbarung gem. § 19 Abs. 2 NachwV.

0.2.16 bleibt frei

0.2.17 bleibt frei

0.2.18 Leistungen für andere Unternehmer  
entfällt

### 0.2.19 Zusammenwirken mit anderen Unternehmern

Im Rahmen der nach den Vertragsunterlagen vorgesehenen bauseitigen Koordination hat der AN Mitwirkungsleistungen zur Sicherstellung des vorausschauenden Schnittstellenmanagements in Bezug auf die Ausführung der übrigen an der Gesamtmaßnahme beteiligten Unternehmer aktiv wahrzunehmen. Hierzu hat er sich mit dem Auftraggeber abzustimmen und mitzuwirken, insbesondere bei Maßnahmen die Leistungen anderer Auftragnehmer als Vorleistung erfordern oder nachfolgende Leistungen beeinflussen.

Gegenstand und Ziel dieser Mitwirkung ist, dass der AN vorausschauend und aktiv die für seine Arbeitsvorbereitung und Abwicklung erforderlichen Informationen rechtzeitig über den AG abfordert und einbezieht, sowie seinerseits diesem die von ihm für die Verfolgung der Ordnung auf der Baustelle und des Zusammenwirkens der verschiedenen Unternehmer benötigten Informationen gleichermaßen so rechtzeitig zur Verfügung stellt, dass über die bauseitige Koordination die störungsfreie Abwicklung der Gesamtmaßnahme sicher gestellt wird.

Der AN hat in der Vorausschau der auf der Baustelle ineinandergreifenden Prozesse und Abhängigkeiten die Überlegungen und Maßnahmen zur Abstimmung so frühzeitig anzustellen und den Abstimmungsprozess mit dem AG durchzuführen, dass nach Lage der Dinge als erforderlich absehbare Klärungs- und Koordinierungsprozesse des Auftraggebers ohne Störungen des Bauablaufes erledigt werden können. Zu den Mitwirkungspflichten zählen hiernach u.a. die aktive Mitwirkung und Auskunftserteilung bei koordinationsrelevanten Gesprächen/Baubesprechungen, insbesondere unter Beteiligung anderer Unternehmer, und die unverzügliche Information über abgefragte Festlegungen seiner Arbeitsvorbereitung, einschließlich ausführungstechnischer und logistischer Aspekte. In Bezug auf mögliche Störungen und Konflikte setzt die Pflicht des ANs den AG über Behinderungen zu informieren ein, sobald für ihn Umstände erkennbar werden, die sich negativ auf die Ausführung der geschuldeten Leistung bzw. des Bauvorhabens insgesamt auswirken können.

Die Koordination der an der Ausführung beteiligten Unternehmer und die Ausübung aller im Zusammenhang stehenden Erklärungen und Anordnungen bleiben ausschließlich dem AG vorbehalten.

Die Aufwendungen, für die im Rahmen des Vertrages vorgesehene Mitwirkung des AN bei der auftraggeberseitigen Koordination sind als Nebenleistung in die Einheitspreise einzukalkulieren und werden nicht gesondert vergütet.

0.2.20 bleibt frei

0.2.21 bleibt frei

0.2.22 bleibt frei

### 0.2.23 DB-spezifische Angaben

Da sich die Lichtraumumgrenzung des Betriebsgleises und der Arbeitsraum überschneiden können, kommt es zur Beeinflussung des Eisenbahnbetriebes.

Für Gleissperrungen, Langsamfahrstellen oder Bauarbeiten im Gleisbereich sind ggf. Anmeldungen bei der DB AG erforderlich.

Vor bzw. während der Bauausführung sind jeweils die erforderlichen Sicherungsmaßnahmen (Sicherungsposten, Absperrungen usw.) zu treffen.

Besonderheiten der Regelung und Sicherung der Beschäftigten vor den Gefahren des Eisenbahnbetriebs:

Gegebenenfalls sind nach Bedarf Sakra und Sipo einzusetzen. Bei Einsatz von Baggern während der Betriebszeitarbeiten sollen diese mit einem ATWS ausgerüstet werden. Arbeiten im Gleisbereich setzen die Sperrung des Arbeitsgleises voraus.

### 0.2.24 Ergänzende Ausführungsbestimmungen

In Ergänzung zum entsprechenden Punkt 16.1 „Bauleitung und Stellvertreter“ der BVB:

Der verantwortliche Bauleiter muss über die notwendigen Qualifikationen verfügen. Diese werden regelmäßig unterstellt, wenn die benannte Person ein Ingenieurstudium erfolgreich beendet sowie über eine mindestens fünfjährige Berufserfahrung als Projektleiter bei vergleichbaren Bauvorhaben verfügt.

Vom Bauleiter und Stellvertreter muss während der Ausführung der Arbeiten wenigstens einer ständig auf der Baustelle anwesend sein. Der Bauleiter oder sein Vertreter müssen an Sitzungen teilnehmen. Auf Forderung des AG gilt dieses auch für kurzfristig anberaumte Besprechungen.

Spätestens vier Wochen nach Auftragserteilung hat der Auftragnehmer ein vertrags- und projektbezogenes Organigramm vorzulegen. In diesem sind übersichtlich die wesentlichen Tätigkeitsfelder und das hierfür vorgesehene verantwortliche Personal anzugeben.

In Ergänzung zum entsprechenden Punkt 16.3 „Nutzung fremden Geländes“ der BVB:

Der AN hat unaufgefordert, spätestens bis zur Abnahme, die Bescheinigungen gem. den Regelungen der BVB zu diesem Punkt beizubringen.

Auf die Verpflichtung des AN zum Säubern des Baubereiches, der Baustraßen und der Zufahrtswege als Nebenleistung wird nochmals hingewiesen.

## 0.3 Einzelangaben bei Abweichungen von den ATV

keine besonderen Anmerkungen



## **0.4 Einzelangaben zu Nebenleistungen und Besonderen Leistungen**

### **0.4.1 Nebenleistungen**

keine besonderen Anmerkungen

### **0.4.2 Besondere Leistungen**

keine besonderen Anmerkungen

## **0.5 Technische Bearbeitung**

### **0.5.1 Ausführungsunterlagen**

Seitens des AG werden nur die der Ausschreibung beigelegten Unterlagen übergeben. Der AN hat sämtliche, für die geschuldete Werkleistung erforderlichen Planungsleistungen zu erbringen, insbesondere auch die Ausführungsplanung, statische Berechnung etc., soweit diese nicht ausdrücklich als vom AG geschuldet vorgegeben sind. Die Aufwendungen hierfür sind einzukalkulieren.

Seitens des AG werden nach Beauftragung der Bauleistungen nur folgende Ausführungsplanungen an den AN übergeben:

- Ausführungsplanung Bf Friedrichsdorf Elektrotechnische Energieanlagen
- Ausführungsplanung Bf Friedrichsdorf Neubau Netzersatzanlage
- Ausführungsplanung Bf Rodheim v.d.H Elektrotechnische Energieanlagen
- Ausführungsplanung Bf Rodheim v.d.H Elektrotechnische Energieanlagen DB S&S
- Ausführungsplanung Bf Rosbach v.d.H Elektrotechnische Energieanlagen

### **0.5.2 Vermessungstechnische Bestandsdokumentation**

entfällt

### **0.5.3 Bauwerksdokumentation**

Vom AN ist die Übereinstimmung der Bauausführung mit den bauaufsichtlich genehmigten Plänen schriftlich zu bestätigen.

- Als Bestandszeichnungen gelten Ausführungszeichnungen und Berechnungen, die entsprechend dem Prüf- und Genehmigungsverfahren und der Bauausführung berichtet sind und als „Mit der Ausführung übereinstimmend“ durch AN und AG bzw. deren Vertreter erklärt sind.
- Darüber hinaus sind vom AN Übersichtspläne anzufertigen, die zu Bestandsübersichtsplänen gem. den oben genannten Vorschriften fortzuschreiben sind.
- Im Bauwerk oder dem Baugrund ggf. verbleibende Baubehelfe und Bauteile sind in den Bestandsplänen darzustellen.

## 0.5.4 Bauzeitenplan

In Ergänzung zum entsprechenden Punkt 16.2 der BVB:

Der durch den AN zu erstellende Bauzeitenplan ist dem AG 14 Kalendertage nach Zuschlagserteilung erstmals vorzulegen.

Der Bauzeitenplan muss mindestens folgende Angaben enthalten:

1. Vorgangsname
2. Vertragsbeginn (Datum)
3. Vertragsende (Datum)
4. Vertragliche Zwischentermine (Datum)
5. Reihenfolge der Leistungen (gem. BVB)
6. Dauer der einzelnen Leistungen
7. Darstellung technisch nachvollziehbarer Abhängigkeiten der vertraglichen Leistungen
8. Darstellung technisch nachvollziehbarer Abhängigkeiten mit den Leistungen anderer Unternehmer
9. Sperrpausen sind zuzuordnen und technologisch detailliert darzustellen (Raster 0,5 Stunden)
10. Tägliche Arbeitszeit (Std./AT)
11. Anzahl Schichten pro Arbeitstag (im Notizfeld)
12. Kapazitäten Hinterlegung (im Notizenfeld oder Nutzung der Ressourcenplanung)
13. Detaillierte Angaben über den Ablauf gemäß den Einzelabschnitten des LV
14. Berücksichtigung betrieblicher Vorgaben sind darzustellen (technisch nachvollziehbar)
15. Logistik ist technisch nachvollziehbar darzustellen
16. Abnahmezeiten sind zu berücksichtigen und auszuweisen
17. Zeiten für Baustelleneinrichtung und Räumung sind auszuweisen (gem. BVB)
18. Der Planlauf ist gem. den vertraglichen Regelungen auszuweisen und mit ausreichend Vorlauf zu berücksichtigen
19. Leistungsstand (im Feld „% abgeschlossen“)
20. Geplanter Mittelabflussplan der Vertragsleistung - zeitlich (monatlich) in der Gewerkestruktur des Leistungsverzeichnisses dargestellt

Der AN hat den Bauzeitenplan während der Vertragslaufzeit monatlich zu aktualisieren (Soll-Ist-Vergleich) und dem AG zu übergeben.

Der Bauzeitenplan ist als Weg-Zeit-Diagramm und als GANTT-Diagramm zu erstellen. Die Unterlagen sind **5-fach in Papierform** und in digitaler Form zu liefern.

## 0.6 Baubeschreibung

### 0.6.1 Allgemeine Bestimmungen Kabeltiefbau

In dieser Ausschreibungsunterlage sind nur geringe Stichkabeltrassen / Erdarbeiten Leistungsbestandteil.

An Stellen, an denen Kabel mechanisch beansprucht werden, sind diese mittels eines Schutzrohres besonders zu schützen.

Die verlegten Kabel sind an den Anfangs-, Endpunkten und an allen abzweigenden Stellen sowie mindestens alle 5 m im Bereich der Bahnhöfe und alle 20 m auf freier Strecke (in Höhe der Deckel mit Anhebehilfen) mit einem Kabelbezeichnungsband zu kennzeichnen. Farbe und Beschriftung der Schlaufen ist mit dem zuständigen Fachbauüberwacher (LST, TK oder 50Hz) abzustimmen. Die Prägung der Beschriftung ist ebenso wie die Bezeichnungsschlaufen in die Einheitspreise mit einzurechnen.

Die Führung des Kabels zu den Gleisanschlusskästen hat in einem flexiblen Kabelschutzrohr mit 100 mm Innendurchmesser zu erfolgen.

Die Kabel müssen sorgfältig und fachgerecht behandelt werden. Es sind beim Einziehen Gleit- oder Umlenkrollen einzusetzen.

## 0.6.2 Geplanter Zustand

### 0.6.3 Anlagen der Leit- und Sicherungstechnik entfällt

### 0.6.4 Anlagen der Bautechnik entfällt

## 0.6.5 Elektrotechnische Anlage für Licht- und Kraftstrom

### 0.6.5.1.1 Bf Friedrichsdorf

Die Energieversorgung für das neue ESTW-Z kann mit den vorhandenen Anlagen am EG nicht bereitgestellt werden. In Abstimmung mit DB Energie wird eine neue 2. VNB-Einspeisung am ESTW-Z geplant.

Mit dem Neubau der Stromversorgung (Einkundenanlage DB InfraGO) erfolgt ein regelkonformer Neuaufbau der elektrischen Anlagen im Bereich ESTW-Z auf dem Gelände des Bf Friedrichsdorf. Es werden nur Anlagen der DB InfraGO angeschlossen. An den vorhandenen Anlagen der DB InfraGO, Geschäftsbereich Personenbahnhöfe erfolgen keine Änderungen.

An der elektrischen Weichenheizung erfolgen keine Änderungen. Die Steuerspannung 230V erfolgt Der Leistungsbezug der elektrischen Weichenheizung WHZ W31 und WHZ W32 erfolgt aus der Oberleitung. An diesen elektrischen Weichenheizungen erfolgen keine Änderungen.

Die Steuerspannung 230V erfolgt zukünftig aus der ZV DB InfraGO. Die Einspeisung erfolgt neu von einem gezählten Abgang aus der ZV DB InfraGO mit Kabel NYY-O.

Bedingt durch die Weichenerneuerung (1:1 Ersatz) der Weiche 401 – 405 (neue Bezeichnung 54W1 – 54W5) sind deren Anschlusskästen und Heizstäbe zu erneuern. Die betroffenen Weichen sind alle an der WHZ W 31 angeschlossen. Es erfolgt keine Leistungserhöhung. Der Masttransformator der WHZ W31 ist für 50 kVA ausgelegt.

Des Weiteren ist die Umsetzung der vorhandenen Übertragungseinheit der elektrischen Weichenheizung aus dem Keller im EG (kein Zugang mehr, EG wurde verkauft) in den OSE/STA-Raum des neuen ESTW-Z und die Überschaltung in den Tk-Raum Leistungsbestandteil.

Die Übertragung zur betrieblichen Stelle im Stellwerk Bad Homburg erfolgt bahnintern via FSK-Bus über XMP nach Bad Homburg. In Bad Homburg befindet sich bereits eine Kontrolleinheit der Firma Pintsch mit Verbindung über DB Net Access zu DIANA.

Das NEA-Betonschaltheus wird hinter direkt neben dem ESTW-Z als Fertigteilbetonstation errichtet.

Der Leistungsabgang für die Speisung der NEA erfolgt vom Mastschalter aus der Oberleitung. Der Leistungsbedarf wird mit 100 kVA angenommen. Die 50 Hz-Stromversorgung des BSH NEA (Licht, Steckdose, Steuerspannung) erfolgt von einem gezählten Abgang aus der ZV DB GB Fahrweg mit Kabel NYY-O.

#### 0.6.5.1.2 Bf Rodheim v.d.H

Die bestehende Energieeinspeisung im Zugangsbereich wird aufgeweitet und durch eine neue Verteilung ersetzt. Aufgrund der absehbaren folgenden Anlagenkonfiguration wird die vorhandene ZAS VNB ersetzt, durch eine neue Anlage mit Messwandler sowie mit anschließender NSHV DB Energie.

Im von Tk Anlagen weitestgehend geräumten BSH Tk wird eine neue Zähler-/Hauptverteilung für die Energieversorgung der DB Netz Anlagen errichtet.

Auf dem Bahnhofsgelände werden für das neue Kreuzungsgleis zwei neue fernbediente Weichen der Bauform 49-500 (W441, W442) im Gleisbereich verbaut. Diesbezüglich wird bahnrechts bei ca. Bahn-km 28,81 eine neue Weichenheizungshauptverteilung errichtet.

Die Einspeisung vom Bahnübergang km 28,5 wird im Zuge der Neuerrichtung vom BSH erneuert.

Weiterhin ist geplant, eine neue Beleuchtungsanlage, der zugehörige Zugang, sowie die neue Bahnsteigausstattung auf dem Bahnsteig 2 neu zu errichten. Die elektrotechnischen Anlagen auf dem vorhandenen Bahnsteig 1 bleiben unverändert. Diese Anlagen werden auf den neuen AVT angeschlossen.

#### 0.6.5.1.3 Bf Rosbach v.d.H

Die bestehende Energieeinspeisung hinter dem Bahnsteig 2 wird aufgelassen und nach Inbetriebnahme der im folgenden Verlauf beschriebenen neuen Anlagen demontiert.

Der neue Messwandlerschrank der DB Energie wird an das BSH 50 Hz verlagert.

Der Aufbau der Energieversorgung erfolgt nach dem allgemein gültigen Versorgungsschema der DB Energie unter Berücksichtigung der Medientrennung.

- Montage einer neuen ZV DB Netz sowie einer neuen Hauptverteilung Weichenheizung im Raum 3 (LST-Raum) vom bestehenden BSH 50 Hz
- Rückbau der Anlagenteile DB Netz aus der Mischverteilung DB Netz/DB S&S im Raum 1 vom BSH 50 Hz
- Rückbau der Anlagenteile DB Netz (Tk) im Raum 2 vom BSH 50 Hz
- Neueinspeisung der in der v.g. Mischverteilung (neu: UV S&S) verbleibenden Anlagen von S&S.

Auf dem Bahnhofsgelände Rosbach v.d.H. sind zwei fernbediente Weichen der Bauform 54-500 W501, (neu W1) und W502 (neu W2) im Gleisbereich verbaut. Diese Weiche sind bereits mit einer elektrischen Weichenheizanlage ausgerüstet und werden im Zuge dieser Baumaßnahme modernisiert.

Die Einspeisung vom Bahnübergang km 32,4 wird im Zuge der Neuerrichtung vom BSH erneuert.

Die bestehende Energieeinspeisung hinter dem Bahnsteig 2 wird aufgelassen und nach Inbetriebnahme der neuen Anlagen demontiert und fachgerecht entsorgt.

Die alten Anlagen der EWA werden ebenfalls demontiert und fachgerecht entsorgt.

#### 0.6.5.2 Anlagen der Telekommunikation entfällt

## 0.7 Abkürzungsverzeichnis

AE	Annahmeerklärung des Entsorgers
AEG	Allgemeines Eisenbahngesetz
AG	Auftraggeber / Aktiengesellschaft
ALK	Automatisierte Liegenschaftskarte
AN	Auftragnehmer
ATV	Allgemeine Technische Vertragsbedingungen
ATV	abwassertechnische Vereinigung e.V.
BBodSchV	behördliche Bestätigung
BE	Baustelleneinrichtung
BefErIV	Beförderungserlaubnisverordnung
Bf	Bahnhof
BGR	Berufsgenossenschaftliche Regeln für Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit
BImSchG	Bundes-Immissionsschutzgesetz
BNatSchG	Bundesnaturschutzgesetz
BSH	Betonschalthaus
BÜ	Bahnübergang
BÜP	Bahnübergangsposten
BÜSA	Bahnübergangssicherungsanlage
BÜW	Bauüberwachung
BVB	Bauvorlagenberechtigter
DA	Deklarationsanalyse
DB AG	Deutsche Bahn Aktiengesellschaft
DB GIS	Deutsche Bahn Geoinformationssystem
DBS	technische Lieferbedingungen (DB-Standard)
DIN	Deutsches Institut für Normung
DN	Nennweite
DSL	Digital Subscriber Line
DWA	Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall
eANV	elektronisches Abfallnachweisverfahren
EBA	Eisenbahn-Bundesamt
EfB	Entsorgungsfachbetriebe
EGF	Ergänzendes Formblatt
EN	Europäische Norm
EN	Entsorgungsnachweis

EP	Einheitspreis
ESP	Einfache Stahl-Schutzplanke
ET	Elektrotechnik
Ev <sub>2</sub>	Verformungsmodul des Untergrundes nach DIN 181
FSS	Frostschutzschicht
FFH	Fauna-Flora-Habitat (Gebiet)
Fü	Fernüberwachung
Fzg	Fahrzeug
GewAbfV	GewerbeAbfallVerordnung
GFK	Glasfaserverstärkter Kunststoff (Kabelkanal)
GP	Genehmigungsplanung
GV	Güterverkehr
HDPE	Polyäthylen Hochdruck (HD = high density)
HET	Hilfseinschalttaste
Hp	Hauptsignalabhängigkeit
HPAS	Hauptpotentialausgleichsschiene
Hz	Hertz (Einheit der Frequenz)
IBN	Inbetriebnahme
ISO	International Organization for Standardization
KK	Kabelkanal
KrWG	Kreislaufwirtschaftsgesetz
KT	Kalendertagen
kVA	Kilovoltampere
KVz	Kabelverzweiger
La	Langsamfahranweisung
LAGA	Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Abfall
LBP	Landschaftspflegerische Begleitplanung
LH	Typenreihung nach Lastenheft
LST	Leit-und Sicherungstechnik
LV	Leistungsverzeichnis
LWL	Lichtwellenleiter
LzH	Lichtzeichenanlage mit Halbschranken
Mpa	Megapascal
NachwV	Nachweisverordnung
NAN	Nachauftragnehmer
NYY	Niederspannungskabel nach VDE 0276 B50/70

OK	Oberkante
PE-HD	Polyäthylen Hochdruck (HD = high density)
PM	Projektmanagement
PSS	Planumschutzschicht
PT1	Planteil 1
PVC-U	Polyvinylchlorid-hart (U = unplasticized)
PZB	Punktförmige Zugbeeinflussung
Q	Quadrant
RA	Erdübergangswiderstand
RAS-LP	Richtlinien für die Anlage von Straßen - Landschaftspflege
Ras-Ew	Richtlinien für die Anlage von Straßen - Entwässerung
RB	Registerbelege
Ri	Richtung
Ril	Richtlinie
RStO	Richtlinie für die Standardisierung des Oberbaus von Verkehrsflächen
SPNV	Schienen-Personen-Nahverkehr
StVO	Straßenverkehrsordnung
TE	Tiefenerder
TgV	Transportgenehmigungsverordnung
TK	Telekommunikation
TM	Technische Mitteilung
TT	elektrische Netzform, T, von Französisch terre (Erde), an erster Stelle: direkte Erdung mindestens eines Punktes im elektrischen Netz (meist der Sternpunkt des Transformators) T, von Französisch teere (Erde), an zweiter Stelle: das Betriebsmittel ist direkt vor Ort geerdet
ÜS	Überwachungssignal
ÜSE	Überspannungsschutzeinrichtung
ÜSG	Überschwemmungsgebiet
UT	Unwirksamkeitstaste
V	Volt
VDE	Verband der Elektrotechnik, Elektronik und Informationstechnik
VE	Verantwortliche Erklärung
VNB	Verteilnetzbetreiber
WHG	Wasserhaushaltsgesetz
Z	Zeichen
ZAS	Zähleranschlusssäule

ZKS	Zentrale Koordinierungsstelle der Länder
ZTVE-StB	Zusätzliche technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Erdarbeiten im Straßenbau